

Die Bedeutung des regionalen Kontexts für die programmatische Positionierung von Schweizer Kantonalparteien

Nathalie Giger, Jochen Müller und Marc Debus
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)
Universität Mannheim
A5, 6

Nathalie.Giger@mzes.uni-mannheim.de, Jochen.Mueller@mzes.uni-mannheim.de,
Marc.Debus@mzes.uni-mannheim.de

Zusammenfassung

In föderal organisierten Demokratien sind politische Akteure bei Wahlen auf sub-nationaler Ebene häufig mit sozialstrukturell sehr unterschiedlich zusammengesetzten Wählerschaften konfrontiert. Da für regionale Parteien der Wettbewerb um Wählerstimmen zuvorderst innerhalb der Grenzen der jeweiligen Region stattfindet, müssen sie den unterschiedlich zusammengesetzten Elektoraten differenzierte inhaltliche Angebote machen, die auf die spezifischen Präferenzen der Wählerschaft eingehen. Unterscheiden sich Regionen hinsichtlich ihrer politischen Traditionen, der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung und der aktuellen Problemlagen, so sollte sich dies auch an der programmatischen Ausrichtung ihrer Parteien ablesen lassen. Wir evaluieren diese Überlegungen am Beispiel der Schweiz als einem Mehrebenensystem, in dem sich die Wählerschaft von Kanton zu Kanton in ihrer sprachlichen, konfessionellen und sozioökonomischen Struktur deutlich unterscheidet. Dabei nehmen wir eine Analyse der programmatischen Dokumente der Schweizer Parteien auf kantonaler Ebene vor, um deren inhaltliche Präferenzen zu bestimmen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich sozialstrukturelle Eigenschaften der Wählerschaft eines Kantons in der Tat in den programmatischen Positionen der Kantonalparteien widerspiegeln. So sind Parteien in der französischsprachigen Schweiz wirtschaftspolitisch „linker“, wohingegen die Parteien in ländlichen Kantonen tendenziell konservativere Haltungen in Fragen der Gesellschaftspolitik einnehmen.

1 Einleitung und Fragestellung

Bei der Abstimmung über die Verschärfung des Asylgesetzes vom 24. September 2006¹ hatten sich mehrere Kantonalsektionen der Christlichdemokratischen Partei der Schweiz (CVP) – vornehmlich aus der französischsprachigen Schweiz – gegen ihre Mutterpartei gestellt und ihren Anhängern empfohlen, gegen die Vorlage zu stimmen. Die Genfer und die Tessiner Freisinnigen taten es ihren Kollegen gleich und machten sich auch für eine Ablehnung der Vorlage stark, während sich der Vorstand der nationalen FDP für ein Ja an der Urne einsetzte.

Dieses Beispiel zeigt exemplarisch auf, dass die kantonalen Sektionen der politischen Parteien nicht immer gleicher Meinung sind und sich auch nicht scheuen, diese Differenzen öffentlich kundzutun. Hintergrund mag wohl in vielen Fällen die Unzufriedenheit mit der nationalen Parteileitung sein, sowie das Gespür dafür, dass die eigenen Wähler die nationale Parole nicht goutieren würden. Gerade bei umstrittenen Abstimmungen sind abweichende Kantonalparolen ein gut sichtbares Signal an die (kantonale) Wählerschaft, dass die jeweilige Kantonalsektion auf die spezifischen Präferenzen ihrer Region eingeht. Dass dabei die Präferenzen des Elektorats beispielsweise gerade in der Westschweiz vom nationalen Durchschnitt abweichen können, ist kein Zufall, sondern geht auf den Zentrum-Peripherie-Cleavage zurück, der sich in der Schweiz unter anderem im Sprachkonflikt manifestiert. Im angesprochenen Fall war diese Strategie insofern angebracht, als doch die Zustimmung zum Asylgesetz in der Romandie geringer war als in der Deutschschweiz und gerade die Ablehnungsquote innerhalb der CVP relativ hoch².

Im vorliegenden Aufsatz sollen genau solche kantonale Unterschiede in der programmatischen Ausrichtung der Parteien systematisch untersucht und erklärt werden. Gibt es in allen Parteien grosse Abweichungen von den Positionen der Bundespartei? Welche Faktoren lassen sich in Mehrebenensystemen identifizieren, die ein programmatisches Abweichen der regionalen Untergliederung von der Position der Partei auf nationaler Ebene erklären könnten?

In föderal organisierten Demokratien sehen sich die regionalen Gliederungen der Parteien mit unterschiedlich zusammengesetzten Wählerschaften konfrontiert (vgl. etwa Snyder 2001; Deschouwer 2001, 2003). Wenn die Haltung der Wähler gegenüber den Parteien auch auf der Bewertung von deren Programmatik basiert, müssen die Parteien differenzierte inhaltliche Angebote machen, die auf die unterschiedlichen Präferenzen in der Wählerschaft eingehen (vgl. Müller 2009). Dass sich die regionalen Gliederungen von Parteien in verschiedenen Landesteilen für unterschiedliche politische Ziele einsetzen, erscheint grundsätzlich möglich, entstammen doch die Themen, mit denen sie sich

¹ Mehr Informationen über diese Abstimmung können auf www.swissvotes.ch eingesehen werden.

² Berechnungen aufgrund der VOX Umfrage Nr. 91.

konfrontiert sehen, ebenso wie ihre Wähler und Mitglieder dem regionalen Kontext. Zugleich dürfen sich Parteien nicht zu stark von ihren „angestammten“ programmatischen Positionen auf der übergeordneten, nationalen Ebene entfernen, da ansonsten die Gefahr des Glaubwürdigkeitsverlusts eintritt (vgl. etwa Budge 1994; Laver 2005). Zudem können sich aus dem Grad an programmatischer Heterogenität heraus innerparteiliche Spannungen ergeben, die kaum noch durch etwaige Stimmengewinne auf regionaler Ebene zu kompensieren sind (Libbrecht et al. 2009; van Biezen und Hopkin 2006). Es stellt sich demnach die Frage, inwieweit sich die regionale Verankerung der von parteipolitischen Akteuren, die in einem Mehrebenensystem agieren, in ihrer Programmatik widerspiegelt.

In diesem Aufsatz evaluieren wir die eben geäußerten Erwartungen am Beispiel der Schweiz als einem Mehrebenensystem, in dem verschiedene soziale Konfliktlinien wirken und sich die Wählerschaft von Kanton zu Kanton in ihrer sprachlichen, konfessionellen und sozioökonomischen Struktur deutlich voneinander unterscheidet.³ Dazu vergleichen und analysieren wir die inhaltliche Ausrichtung der Schweizer Parteien in Form ihrer programmatischen Positionen in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie im gesellschaftspolitischen Bereich auf kantonaler Ebene. Zur Messung der inhaltlichen Positionen der Kantonalparteien auf diesen zwei zentralen, den Schweizer Parteienwettbewerb prägenden Policy-Dimensionen ziehen wir ein computerisiertes Verfahren der Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente („Wordscores“; vgl. Laver et al. 2003; Lowe 2008) heran. Die Ergebnisse zeigen zum einen, dass eine große innerparteiliche Heterogenität im Hinblick auf die programmatischen Ausrichtungen der Schweizer Parteien feststellbar ist, wenn man nach Kantonen differenziert. Zum andern verdeutlicht die Analyse, dass sozialstrukturelle Eigenschaften der Wählerschaft eines Kantons in der Tat eine programmatische Verschiebung in den Positionen der Kantonalparteien bewirken. So sind Parteien in der französischsprachigen Schweiz wirtschaftspolitisch „linker“, wohingegen mit dem Anwachsen der Arbeitslosenquote die Parteien tendenziell konservativere Haltungen in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik einnehmen.

Um zu diesen Ergebnissen zu gelangen, gehen wir im folgenden Abschnitt auf die theoretischen Grundlagen ein, die den Zusammenhang zwischen den (sozialstrukturellen) Eigenschaften der Wählerschaft und der Positionierung von Parteien thematisieren. Im Anschluss daran gibt der vorliegende Aufsatz einen Überblick zu den Eigenschaften des Schweizer Parteiensystems allgemein und seiner Mehrebenenstruktur im Besonderen. Bevor die Erwartungen hinsichtlich der programmatischen Positionierung der Schweizer Parteien auf Ebene der Kantone getestet werden, wird in Abschnitt vier auf die hier gewählte Methode zur Gewinnung der politikfeldspezifischen

³ Ausgeklammert wird im empirischen Teil dieses Aufsatzes insbesondere die Möglichkeit, dass die Dynamik der Programmatik von Parteien in Teilen auch auf machtpolitische Erwägungen zurückzuführen ist (Adams et al. 2004; Bräuninger 2009; Ezrow et al. forthcoming).

Positionen der Schweizer Kantonalparteien näher eingegangen. Daran anschließend werden die Daten genauer vorgestellt und mit Ergebnissen aus bisherigen Studien verglichen, die die inhaltlichen Positionen der Schweizer Kantonalparteien erhoben haben (vgl. Klöti 1998; Ladner 2004). Im analytischen Teil werden mit Hilfe von Regressionsanalysen die zuvor aufgestellten Hypothesen getestet. Die Schlussbetrachtung fasst die gewonnenen Erkenntnisse zusammen, diskutiert offene gebliebene Fragen und wirft – aufbauend auf letzterem – Ideen für künftige Forschungsarbeiten zum programmatischen Verhalten von Parteien in Mehrebenensystemen und ihren Auswirkungen auf die Politikgestaltung auf.

2 Theorie: Parteienwettbewerb und Sozialstruktur

Folgt man den klassischen Ansätzen der vergleichenden Parteien- und Koalitionsforschung, dann verfolgen Parteien drei Ziele: die Maximierung ihres Stimmenanteils bei Wahlen, um so die Chance zu erhöhen, einerseits möglichst viele Ämter in einer (Koalitions-)Regierung zu besetzen und andererseits ihre Policy-Präferenzen weitgehend vollständig zu implementieren (vgl. Strøm und Müller 1999). Gemäß nutzenorientierter Ansätze der Wahl- und Parteienforschung, die auf Downs (1957) zurückgehen, richten die Parteien in einem eindimensionalen Policy-Raum ihre Position an der Position des Median-Wählers (vgl. Hinich und Munger 1997: 35-37; Grofman 2004). Aufbauend auf diesem theoretischen Argument entstanden in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeiten, die Erwartungen bezüglich der programmatischen Dynamik von Parteien formulieren (u.a. Budge 1994; Laver 2005; Budge et al. 2010) und versuchen, die jeweiligen Hypothesen empirisch zu überprüfen (u.a. Adams et al. 2004, 2006, Adams et al. 2009; Ezrow et al. forthcoming; Somer-Topcu 2009). Die Arbeiten zeigen auf, dass die Programmatik der Parteien in hohem Maße von der öffentlichen Meinung bestimmt wird. So findet Budge (1994) empirische Evidenz dafür, dass es Parteien vermeiden, in den vom politischen Gegner „besetzen“ programmatischen Bereich einzudringen und ihn links oder rechts zu „überholen“. Letzteres würde auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Partei gehen, die eine solch weit gehende programmatische Bewegung vornimmt. Adams et al. (2004) können zudem zeigen, dass sich die Parteien bei ihren Positionsverschiebungen an den ideologischen Präferenzen des Elektorats ausrichten, so dass die Distanz zwischen den Parteien und der Wählerschaft möglichst klein gehalten wird. Inwieweit die Erwartungen und Ergebnisse auf die regionale Ebene übertragbar sind, wurde hingegen bisher kaum untersucht (vgl. jedoch Bräuninger 2009). In einer Analyse der Bestimmungsfaktoren der programmatischen Positionierung der Parteien in den deutschen Bundesländern kann Bräuninger (2009) zeigen, dass sich die Landesparteien an der Position der Wähler auf einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension sowie der ideologischen Ausrichtung der Partei orientieren, die die vorhergehende Wahl im entsprechenden Bundesland gewonnen hat. Die zwischen den Bundesländern unterschiedlich zusammengesetzte Wählerschaft nimmt im Mittel eine

über die Zeit und über die Länder hinweg variierende Position ein, an denen sich die Parteien orientieren müssen, um das Ziel der Maximierung ihres Stimmenanteils zu erreichen.

Neben Modellen aus der Politischen Ökonomie bieten theoretische Ansätze aus der Politischen Soziologie Erklärungen für die Positionierung der Landes- bzw. Regionalverbände einer Partei in einem Mehrebenensystem an. Ausgangspunkt vieler Analysen des Parteienwettbewerbs in (west-)europäischen Demokratien ist dabei die Theorie sozialer Konfliktlinien („cleavages“) von Lipset und Rokkan (1967), die historisch-langfristig ausgerichtet ist und eine Erklärung der Entstehung und Struktur des modernen Parteienwettbewerbs in Westeuropa ermöglicht (vgl. Caramani 2004; Gallagher et al. 2006: 264-272). Das Cleavage-Modell ist hilfreich, um die Parteien zu identifizieren, mit denen soziale Gruppen – vermittelt über deren gesellschaftliche Interessenorganisationen – eine „Allianz“ eingehen, so dass eine „politisierte Sozialstruktur“ (Pappi 2002) entsteht. Demzufolge sind bestimmte Wählersegmente an eine Partei gebunden und weisen – trotz Prozessen des sozialen Wandels und einer „Individualisierung“ sozialen Verhaltens (Beck 1983, 1986) – über einen langen Zeitraum eine hohe Wahrscheinlichkeit der Wahl der entsprechenden „Cleavage-Partei“ auf (vgl. Schnell und Kohler 1995; Müller 1997, 1998; Pappi und Brandenburg 2010; Debus 2010, 2011).

Mit Hinblick auf die programmatische Positionierung von Parteien bedeutet diese Verknüpfung zwischen Wähler- und Parteebene, dass sich die Parteien an den inhaltlichen Präferenzen ihres Kernwählerklientels orientieren sollten, um sich auf diese Weise die Unterstützung der ihnen über soziale Konfliktlinien zugeordneten sozialen Gruppen möglichst vollständig zu sichern. Dieses Argument schließt an sozialstrukturellen, an den Interessen der Wähler orientierte Theorien des Wahlverhaltens an (Lazarsfeld et al. 1944; Berelson et al. 1954; vgl. auch Weißels 2000: 131-132). Folgt man dem Cleavage-Ansatz von Lipset und Rokkan (1967: 13-21), so sollten aufgrund der langfristigen Prägekraft sozialer Konfliktlinien in den Ländern, die von Gegensätzen zwischen Staat und Kirche, Arbeit und Kapital, Zentrum und Peripherie oder Stadt und Land geprägt sind, Parteien entstanden sein, die die Interessen der von diesen Cleavages betroffenen sozialen Gruppen vertreten. So hat sich beispielsweise in Deutschland aufgrund des „Kulturkampfes“ während der 1870er und 1880er Jahre die Zentrumsparlei als Interessenvertretung der Katholiken auf politischer Ebene gegründet. Im Zuge des sozialen Wandels und begünstigt durch die Gründung einer überkonfessionellen Partei in Form der CDU/CSU nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Gegensatz zwischen „staatstragenden“ Protestanten und den „Rom-hörigen“, so genannten „ultramontanen“ Katholiken zu einem Gegensatz zwischen religiösen und nicht-religiösen Wählern gewandelt (vgl. Pappi 1985). Zwar ist der Anteil kirchengebundener Katholiken an der Bevölkerung rückläufig, so dass langfristig ausgerichtetes, interessegeleitetes Wählen an Relevanz für die parteipolitischen Akteure mehr und mehr verliert. Jedoch zeigen Studien, die das Wahlverhalten in Deutschland empirisch untersuchen, dass kirchengebundene Katholiken noch immer eine signifikant

höhere Wahrscheinlichkeit zur Wahl der Christdemokraten in Deutschland aufweisen (vgl. Müller 1997, 1998; Pappi und Brandenburg 2010; Debus 2010, 2011). Ähnliches gilt für die zweite, historisch gesehen jüngere Konfliktlinie, die zwischen Arbeit und Kapital und somit zwischen Besitzenden einerseits und lohnabhängigen Arbeitern (und Angestellten) andererseits verläuft. Aus diesem Konflikt haben sich als Interessenvertreter auf politischer Ebene sozialistische Parteien herausgebildet. In modernen westeuropäischen Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland oder der Schweiz stellen die Sozialdemokraten den traditionellen Bündnispartner von Arbeitern und deren beruflichen Interessengemeinschaften in Form der Gewerkschaften dar (vgl. Kohler 2002: 58; Pappi 2002: 36-37; Pappi und Shikano 2002: 449-450). Nehmen Parteien jedoch eine deutliche Verschiebung ihrer programmatischen Ausrichtung vor, der den Interessen ihres „traditionellen“ Wählerklientels widerspricht, dann riskieren sie den Stimmenverlust oder – wie in Deutschland nach der Implementierung wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen durch die rot-grüne Bundesregierung seit 2003 – den Erfolg neuer, in ihrem programmatisch-ideologischen Teil des Politikraums verorteter Parteien. So kann die Etablierung der „Linken“ in den westdeutschen Bundesländern seit 2007 unter anderem mit dem Rückgang der SPD-Unterstützung seitens gewerkschaftsgebundener Wähler erklärt werden (vgl. Pappi und Brandenburg 2010: 477-479; Debus 2010: 740-746).

Im Anschluss an die Beobachtung, dass die inhaltliche Ausrichtung der regionalen Gliederungen der deutschen Parteien über Zeit und Bundesländer hinweg variiert (vgl. Debus 2008; Bräuninger und Debus 2008, 2011), hat Müller (2009) die Determinanten der programmatischen Positionen der deutschen Landesparteien untersucht. Er stellt fest, dass die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der Parteien in den deutschen Bundesländern vom Anteil der Katholiken, dem Grad der Urbanisierung als auch der wirtschaftlichen Lage in dem jeweiligen Bundesland beeinflusst werden. So nehmen – unter Kontrolle einer Reihe von weiteren theoretisch hergeleiteten Erklärungskomponenten – die westdeutschen Landesverbände der CDU eine wirtschaftspolitisch moderatere Position ein, je höher der Anteil der Katholiken in dem jeweiligen Bundesland ist (vgl. Müller 2009: 375-378). Dies entspricht dem mit Bezug auf die Cleavage-Theorie vermuteten kausalen Mechanismus: aufgrund des Einflusses der katholischen Soziallehre auf einen großen Teil der Wählerschaft insbesondere in süd- und westdeutschen Bundesländern ist die Akzeptanz gegenüber explizit wirtschaftsliberalen Policy-Positionen eher gering. Daher müssen die Parteien tendenziell „linkere“, verstärkt staatsinterventionistische Positionen einnehmen, um das Ziel der Stimmenmaximierung zu erreichen. Auch der Effekt des Anteils der Gewerkschaftsmitglieder in einem Bundesland weist die erwartete Richtung auf: je mehr Bürger (und damit auch Wähler) Mitglied einer Gewerkschaft in einem Land sind, desto eher nehmen Parteien wirtschaftspolitisch „linke“ programmatische Positionen ein. In die ähnliche Richtung wirkt beispielsweise die Arbeitslosenquote. Hingegen beeinflusst das Ausmaß der Urbanisierung die inhaltliche Ausrichtung von Parteien in eine andere Richtung: je ländlicher ein Bundesland geprägt ist, desto „wirtschaftsliberaler“ sind die

Parteien programmatisch ausgerichtet. Für das zweite, den deutschen Parteienwettbewerb wie auch das Wahlverhalten prägende Politikfeld – Fragen der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik – zeigen sich jedoch keine signifikanten Effekte makrosoziologischer Variablen (Müller 2009: 378). In eine ähnliche Richtung gehen die Ergebnisse von Magin et al. (2009), die feststellen, dass das ideologische Gravitätszentrum deutscher Land- und Stadtkreise auf einer allgemeinen Links-Rechts-Skala – wie es sich aus den Wahlergebnissen ergibt – vom religiös-konfessionellen Cleavage sowie der Konfliktlinie zwischen materiellen und postmateriellen Einstellungen geprägt wird. Die westdeutschen Wähler sind beispielsweise ideologisch umso „rechter“ ausgerichtet, je stärker katholisch ein Landkreis bzw. eine kreisfreie Stadt geprägt sind.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich sowohl aus den nutzenorientierten Theorien des Parteienwettbewerbs als auch aus der Theorie sozialer Konfliktlinien die Notwendigkeit einer gewissen sub-nationalen Heterogenität der Parteien ergibt und dass diese Varianz – zumindest im deutschen Kontext – messbar und mit makrosoziologischen Variablen erklärbar ist. Wir wenden uns im Folgenden dem Schweizer Fall zu und legen dar, warum nach unserer Meinung die Parteien auf kantonaler Ebene ein grosses Ausmaß an programmatischer Heterogenität in ihren Policy-Positionen aufweisen sollten. In einem zweiten Schritt leiten wir – mit Rückgriff auf die Eigenheiten des Schweizer Parteiensystems und Parteienwettbewerbs – unsere Erwartungen hinsichtlich der Prägekraft sozialstruktureller Eigenschaften der jeweiligen kantonalen Wählerschaft auf die politikfeldspezifische Positionierung der sub-nationalen Parteien ab.

3 Die kantonalen Parteiensysteme und ihre Wählerschaften

Zu den herausragenden Merkmalen der Schweizer Parteienlandschaft gehört die starke regionale Verankerung und – damit einhergehend – die Unterschiede im kantonalen Parteienwettbewerb und den dortigen Parteiensystemen. Deutlich wird diese Heterogenität bereits an der Zahl und Stärke der Parteien, die nicht nur auf institutionelle Unterschiede zurückzuführen ist, sondern auch Ausdruck der soziokulturellen Besonderheiten der Kantone ist (vgl. Ladner 2004, Klöti 1998, Vatter 1998, 2003). Darüber hinaus beobachten wir – bedingt durch kantonale Unterschiede in der politischen Kultur, der Zusammensetzung der Elektorate sowie im Hinblick auf die spezifischen kantonalen Problemlagen – zahlreiche innerparteiliche Unterschiede in Programmatik, sachpolitischen Positionen und im politischem Stil allgemein. Zu einer solchen Feststellung kamen politische Beobachter bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert. So bemerkte beispielsweise der Nationalökonom Karl Bücher 1888 (zitiert nach Gruner 1977: 29): „Die Bundesversammlung ist sozusagen nur ein Auszug aus den

25fach⁴ verschiedenen Parteileben der Kantone, in welchen zwar die überall vorhandenen Gegensätze von konservativ-kantonalistisch und demokratisch-zentralistisch gruppenbildend wirken, die Mitglieder jeder einzelnen Parteigruppe aber weit davon entfernt sind, in eidgenössischen Angelegenheiten ein einheitliches Programm zu verfolgen“.

Die starke Autonomie der Kantonal- und Lokalparteien lässt sich bis zu den Anfängen der Schweizer Parteien zurückverfolgen. Die Parteien bildeten sich zunächst auf lokaler und kantonaler Ebene heraus: sie entstanden als „Kinder der Volksrechte“ (Gruner 1977) sowie als Weiterentwicklung bereits existierender Gesellschaften und Zirkeln. Die bereits damals bestehende föderalistische Fragmentierung ist noch immer existent. Charakteristisch ist zum Beispiel, dass es den grossen Parteien erst Jahrzehnte nach der Gründung des heutigen Bundesstaates im Jahr 1848 gelang, sich auf nationaler Ebene zu organisieren – den Katholisch-Konservativen, die heute als Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), firmieren, etwa erst 1912 (Linder 1999: 79). Bis heute lebt eine starke regionale Segmentierung der Parteien fort: Noch im Jahr 1999 traten die Parteien zum Teil unter unterschiedlichen Namen zu den National- und Ständeratswahlen an: So existierten neben der nationalen Parteibezeichnung „Freisinning-Demokratische Partei“ (FDP) auch andere Namen wie etwa „Liberale Partei“ im Kanton Luzern oder „Fortschrittlich-Demokratische Partei im Kanton Uri (Seitz 1999). Ein gewisses „lokales Kolorit“ (Gruner 1977) ist also bis zum heutigen Tag erhalten geblieben und deutet auf interkantonale programmatische Heterogenität der Schweizer Parteien hin.

Voraussetzung für die Persistenz programmatischer Differenzen innerhalb der Parteien ist die starke Stellung der Kantone im politischen System der Schweiz sowie die weniger dominante Rolle der Parteien. In den meisten föderalen oder dezentralisierten Staaten wird der größte Teil der maßgeblichen Entscheidungen auf der nationalen Ebene getroffen, was ein über die Parteigliederungen hinweg koordiniertes Entscheidungsverhalten erforderlich macht. Dies gilt insbesondere dann, wenn die sub-nationale Ebene in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden ist („shared rule“ nach Marks et al. 2008). In jedem Fall wird die Dominanz der Bundesebene in diesen Staaten auch in den Parteien abgebildet: Die Bundesparteien sind „Kern der Partei“ (Deschouwer 2006: 295f.) und bemüht, ein einheitliches Auftreten herzustellen und innerparteilichen Konflikten vorzubeugen (van Houten 2009). Demgegenüber sind die Schweizer Kantone mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet, was sich in der starken Stellung der kantonalen Gliederungen innerhalb der Parteien widerspiegelt (Linder 1999; Linder und Vatter 2001). Eine Koordination des Entscheidungsverhaltens über die Ebenen hinweg ist meist nur bedingt notwendig, zudem sind die Kantone in vielen Politikbereichen weitgehend autonom. Deutlich werden die innerparteilichen Machtverhältnisse bereits an den vergleichbar geringen finanziellen Mittel der nationalen Parteizentralen (Ladner und Brändle 1999).

⁴ Damals bestand die Schweiz aus 25 Kantonen; der Kanton Jura wurde erst 1979 gegründet.

So haben die nationalen Parteien insgesamt wenig politisches Personal und deshalb wenig Handlungsspielraum. Die Hauptorganisation der Schweizer Parteien ist auf Kantonal- und Lokalebene, wo ungefähr 180 kantonale und 5000 lokale Parteiorganisationen existieren (Ladner 2003). Dabei ist die Autonomie der kantonalen Sektionen „sakrosankt“, wie Linder (1999: 89) schreibt. Die Kantonalparteien sind beispielsweise nicht an die Abstimmungsparolen der eidgenössischen Parteien gebunden, Abweichungen einzelner Kantonalparteien sind eher die Regel als die Ausnahme. So konstatiert Thorlakson (2009: 166), dass die Kantonalparteien hinsichtlich des Einnehmens abweichender Positionen durch die innerparteilichen Regelungen äußerst flexibel seien.

Die dezentralen Parteistrukturen verhindern zwar die Herausbildung eines national integrierten Parteiensystems und/oder eine hohe Kohäsion der einzelnen Kantonal- und Lokalparteien, erlauben es jedoch auch, flexibel auf die lokalen und regionalen Besonderheiten einzugehen und ein inhaltliches Angebot angepasst an die spezifischen Präferenzen der Wählerschaften anzubieten. Unterschiede in der politischen Kultur, der Kantonsgrösse oder aber auch der konfessionellen und sprachlichen Prägung der Kantone können somit aufgefangen werden. Bei der Repräsentation regionaler Interessen hilft die Unterschiedlichkeit der kantonalen Parteiensysteme, wie sie häufig in der Literatur beschrieben wird (Klöti 1998, Ladner 2001, 2004). Diese unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Komplexität, der Mehrheitsverhältnisse und der Form des politischen Wettbewerbs. So unterscheidet Klöti (1998) aufgrund der Anzahl der kantonalen Parteien drei Typen von Parteiensystemen: In gewissen Kantonen, etwa in Zürich, finden wir stark ausdifferenzierte Parteiensysteme mit nicht weniger als zehn relevanten Parteien⁵, während in anderen Kantonen – beispielsweise in Appenzell Ausserrhoden – überschaubare Parteiensysteme mit höchstens drei Parteien bestehen. Mithilfe weiterer Indikatoren können unterschiedlichste Typologien von Parteiensystemen erstellt werden (siehe Ladner 2004: 34-45 für eine Übersicht). Der politische Wettbewerb verläuft in diesen verschiedenen Typen von Parteiensystemen naturgemäss unterschiedlich, was auch Einfluss auf die Mehrheitsverhältnisse und die Koalitionsbildung ausübt. So unterscheidet sich die Politik der CVP in ihren traditionellen katholischen „Stammländern“ stark von ihrer Politik in Gebieten, in denen sie nur eine Minderheitspartei der Katholiken ist. Im ersteren Fall kann es dabei durchaus zu Absprachen zwischen FDP und SP kommen um diese traditionelle Monopolstellung der CVP aufzubrechen, während eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen in anderen Kantonen nahezu undenkbar ist. Allerdings sind die Gründe für die Vielzahl an kantonalen Parteiensystemen und Unterschiede im politischen Wettbewerb zum Teil in den institutionellen Begebenheiten zu suchen. So bestehen erhebliche Unterschiede in der Ausprägung des Proporz-Wahlsystems, aus denen sich eine unterschiedliche Fragmentierung der Parteiensysteme ergibt. Ausserdem ermöglicht der Schweizerische Föderalismus das Entstehen von neuen Parteien in einzelnen Kantonen sozusagen im

⁵ Als relevant werden dabei gemeinhin Parteien bezeichnet, die Sitze im Nationalrat belegen.

„Versuchslabor“. Die stark fragmentierte Parteienlandschaft ist laut Ladner (2003: 135) zudem auch auf die geringen nationalen Finanzbeiträge für die Parteien zurückzuführen, die die Entstehung von starken nationalen Parteizentralen gehemmt hat.

Insofern ist die Zahl und Stärke der Parteien in den Kantonen nur bedingt ein Indikator für die Unterschiedlichkeit der regionalen Interessen. Es finden sich aber auch Hinweise darauf, dass sich nicht nur die Parteiensysteme, sondern auch die kantonalen Wählerschaften deutlich voneinander unterscheiden. Armingeon (1998), Klöti (1998) oder auch Hermann und Leuthold (2003) finden in ihren Untersuchungen Unterschiede zwischen den einzelnen kantonalen Wählerschaften. Diese lassen sich sowohl bei einzelnen Themen (Klöti 1998) wie auch im Fall der generalisierten Links-Rechts-Dimension (Armingeon 1998) nachweisen (vgl. für eine eindruckliche Darstellung Hermann und Leuthold 2003). Klöti (1998) berücksichtigt in seinem Aufsatz nicht nur die Wählenden, sondern auch die Aussagen der kantonalen Parteipräsidenten. Auch hier wird deutlich, dass die kantonalen Parteien nicht überall dieselben Positionen vertreten und bei gewissen Themen zum Teil massive Abweichungen zu finden sind. Allen kantonalen Parteiensystemen gemein ist laut Linder (1999: 91), dass zwei klar identifizierbare Blöcke auf der Links-Rechts-Dimension auszumachen sind: Auf der einen Seite besteht ein linkes Lager, das meist von der Sozialdemokratischen Partei angeführt wird, und auf der anderen Seite ein bürgerliches Lager, das je nach Kanton von einer anderen bürgerlichen „Mitte-Rechts-Partei“ wie CVP, FDP oder SVP dominiert wird. Zwischen diesen beiden Blöcken ist ein klarer Unterschied in der Positionierung sowohl der Parteien als auch der Wählerschaften zu erkennen (siehe auch Klöti 1998 oder Armingeon 1998).

Mit Blick auf den Ursprung der Gegensätze zwischen den Parteien ist festzuhalten, dass in der Schweiz drei Konfliktlinien die Muster des Parteienwettbewerbs und des Wahlverhaltens prägen: neben dem historisch gesehen jüngeren, aus der Industrialisierung resultierenden Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und dem älteren Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken kommt in der Eidgenossenschaft auch dem Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie eine bedeutende Rolle zu. Diese Konfliktlinie manifestiert sich auch als Sprachgruppen-Cleavage, jedoch mit der Besonderheit, dass sie sich nicht im Parteiensystem niederschlägt (vgl. Lipset und Rokkan 1967: 13-21; Ladner 2004: 336-338). So wird im Schweizer Parteiensystem der Zentrum-Peripherie- und der Staat-Kirche-Konflikt über die Stärke der CVP abgebildet, während der Arbeit-Kapitel-Cleavage an der Stärke der Sozialdemokraten gemessen werden kann. Die FDP als ehemals staatstragende Gründungspartei des Bundesstaates bildet in beiden Fällen den Gegenpol, sie vertritt die Interessen des Zentrums gegen die Peripherie und diejenigen des Kapitals gegenüber den Arbeitern und nimmt im Staat-Kirche Konflikt eine dezidiert laizistische Position ein.

Die bisherige Forschung zu den Schweizer Parteien und ihren Wählerschaften beschäftigt sich nur am Rande mit dem Einfluss von sozialstrukturellen Faktoren auf die Positionierung von Kantonalparteien

oder -kandidaten. Ladner und Brändle (2001: 272) gehen in ihrer umfangreichen Studie zu den Schweizer Parteien auch auf den Einfluss von Kontextmerkmalen auf die Heterogenität der Parteipositionen, gemessen als Einschätzungen der Kantonalpräsidenten, ein. Sie finden einige, wenn auch nicht besonders ausgeprägte Unterschiede, die jedoch nicht systematisch getestet werden. So positionieren sich Sektionen von FDP und SVP in der Romandie weniger rechts als in der Deutschschweiz. Dieser Trend ist allerdings für die CVP und SP nicht erkennbar. Auch in einer explorativen Analyse der Kandidatenpositionen anlässlich der eidgenössischen Wahlen 2007 (Ladner et al. 2008) lassen sich Hinweise auf systematische kantonale Unterschiede finden. So schreiben Ladner et al. (2008: 83): „Auffallend dabei ist, wie sich die drei grossen Konfliktlinien Konfession, Sprache und Stadt-Land auch bei der politischen Positionierung der Kantonalparteien bemerkbar machen. In den katholischen Gebieten sind die Kandidierenden eher konservativ, in der Westschweiz eher links und in der nicht dominant katholischen Deutschschweiz eher liberal.“ Insgesamt lässt sich demnach festhalten, dass sich die Schweiz durch eine stark föderalistisch fragmentierte Parteienlandschaft auszeichnet, die auf kantonale Unterschiede in der politischen Positionierung der Parteien hindeutet. Innerparteiliche Differenzen werden nicht unbedingt versucht, durch eine übergeordnete nationale Ebene einzuebnen; das System ist vielmehr durch einen geringen Druck zur nationalen Homogenität und eine grosse regionale sozialstrukturelle Vielfalt gekennzeichnet.

4 Hypothesen

In Anschluss an die theoretischen Grundlagen, die sich aus politökonomischen wie politisch-soziologischen Ansätzen ergeben, sowie auf Basis der Ergebnisse, die Studien zum programmatischen Verhalten der Parteien im deutschen als auch dem schweizerischen Mehrebenensystem aufweisen, erwarten wir im Hinblick auf die inhaltliche Positionierung der Schweizer Kantonalparteien, dass die Kantonalparteien in hohem Ausmaß in der Lage sind, eigenständige Positionen zu formulieren, die deutlich von den Positionen der nationalen Parteien abweichen können. Der Hauptgrund für diese generelle Erwartung liegt darin, dass in einem politischen System wie der Schweiz, das den regionalen Einheiten hohe Kompetenzen zuweist, auch die regionalen Parteien über einen großen Spielraum verfügen sollten.

In Anlehnung an das Cleavage-Konzept nehmen wir des Weiteren an, dass die Programmatik der Kantonalparteien vom regionalen Kontext geprägt wird. Wahlprogramme sollten demnach – auch mit Rücksicht auf das Ziel der Stimmenmaximierung – kantonale Traditionen und Problemlagen widerspiegeln. Das heißt, dass die Kantonalparteien die Zusammensetzung des Elektorats mit Hinblick auf bestimmte Schlüsselgruppen als auch die allgemeine sozioökonomische Lage beachten sollten, wenn sie ihre Politikangebote an die Wähler formulieren. Zum einen gehen wir davon aus, dass die Unterschiedlichkeit der Programmatik der Kantonalparteien auch Ausdruck der Stellung der

Bevölkerungsgruppen ist, welche die gesellschaftlichen Konflikte in der Schweiz geprägt haben. Anders formuliert: Je relevanter eine der aufgrund des Cleavage-Modells in einer Schlüsselstellung befindlichen Bevölkerungsgruppe in einem Kanton ist, umso stärker sollten die Präferenzen dieser anhand bestimmter struktureller Merkmale erkennbaren sozialen Gruppe die Programmatik der Parteien im jeweiligen Kanton prägen. Wir stellen daher die folgenden Erwartungen hinsichtlich der programmatischen Positionierung der Schweizer Kantonalparteien auf:

- (1) Je stärker katholisch ein Kanton geprägt ist, umso konservativere Positionen nehmen die Parteien in gesellschaftspolitischen Fragen an, während sie zugleich moderatere, „linkere“ wirtschaftspolitische Positionen annehmen.

Dieser Zusammenhang ergibt sich aus der Haltung der katholischen Kirche zu Issues wie Homosexualität, Abtreibung, Sterbehilfe und anderen gesellschaftspolitisch stark politisierten Themen. Darüber hinaus ist mit Blick auf die nach wie vor ausgeprägte Dominanz der katholischen Soziallehre innerhalb des kirchennahen römisch-katholischen Milieus davon auszugehen, dass marktkritische Vorstellungen in der Programmatik der Kantonalparteien mit dem Anteil an Katholiken an Bedeutung gewinnen sollten. Von einem ähnlichen Zusammenhang gehen wir hinsichtlich des „Klassen-Cleavage“ aus:

- (2) Je stärker die Stellung der Gewerkschaften in einem Kanton ist, umso „linkere“, staatsinterventionistische wirtschaftspolitische Positionen nehmen die Parteien ein.

Der Zentrum-Peripherie-Cleavage hat sich in der Schweiz kaum im Parteiensystem niedergeschlagen (Ladner 2004: 410); so gibt es keine Partei, die sich explizit über diesen Konflikt definiert. Dennoch ist er präsent und strukturiert die politische Landschaft, was beispielsweise bei Abstimmungsergebnissen deutlich wird (Ladner 2004: 373-379). Die großen Unterschiede legen sogar die Vermutung nahe, „dass der Graben zwischen Deutsch- und Westschweiz tiefer ist als zwischen Protestanten und Katholiken“ (ebd.). So erwarten wir, dass

- (3) Kantonalparteien aus der Romandie sich in ihren programmatischen Haltungen signifikant von den Kantonalparteien aus den deutschsprachigen Teilen der Schweiz unterscheiden; so sollten die Parteien aus der französischsprachigen Schweiz wirtschaftspolitisch tendenziell „linker“ und gesellschaftspolitisch progressiver eingestellt sein als die Parteien aus den deutschsprachigen Kantonen..

Aus der Literatur lässt sich jedoch eine prominente Ausnahme von der zuletzt geäußerten Erwartung ableiten. Aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz folgt, wie Klöti (1998: 55) ausführt, dass die Wählerschaft der SP in der Westschweiz zum einen „in traditioneller Weise sozialistisch und internationalistisch“, zum anderen aber gesellschaftspolitisch „konservativer und weniger ökologisch“ ausgerichtet ist. Wir erwarten daher, dass

- (3a) SP-Kantonalparteien aus der Romandie im Vergleich zu SP-Kantonalparteien aus den deutschsprachigen Teilen der Schweiz in wirtschaftspolitischen Fragen linkere und in gesellschaftspolitischen Fragen rechttere Positionen einnehmen.

Ebenso sollte aufgrund des in der Schweiz auch wirkenden Stadt-Land-Cleavages die Bevölkerungsdichte und damit der Grad der Verstädterung einen Einfluss auf die Positionierung der Parteien haben:

- (4) Je ländlicher ein Kanton geprägt ist, umso konservativer sollten die Parteien insbesondere in gesellschaftspolitischen Fragen sein.

Eine fünfte Erwartung wird anhand der sozioökonomischen Rahmenbedingungen, die im Vorfeld einer Wahl zu einem kantonalen Parlament bestehen, generiert. Folgt man Theorien des retrospektiven Wählens, so sollten sich Wähler an der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage orientieren: bei einer positiven Entwicklung sollten sich die Chancen erhöhen, die momentan regierenden Parteien zu wählen, wohingegen bei einer als schlecht empfundenen allgemeinen wirtschaftlichen Lage die Wahrscheinlichkeit anwachsen sollte, dass sich ein Wähler für die Oppositionsparteien entscheiden wird (vgl. Fiorina 1978; siehe auch Faas und Rattinger 2003). Dieser Mechanismus kann auch auf das programmatische Verhalten der Parteien übertragen werden. Um sich nicht in die Gefahr zu begeben, in einem Wahlprogramm Politikinhalt zu versprechen, die aufgrund der wirtschaftlichen Lage nicht erfüllbar sind, sollten Parteien programmatisch auf eine schlechte ökonomische Lage in der Form reagieren, dass im Hinblick auf wohlfahrtsstaatliche Ausgaben regionaler Regierungen Einschränkungen aus Kostengründen vorgenommen werden müssen. Andernfalls droht die Kette „responsiven Handelns“ von seitens der politischen Parteien getragenen Regierungen zu brechen, was zu einem Vertrauensverlust und damit zu einem Rückgang des „Linkage“ zwischen Wählern und politischer Elite führen würde (vgl. Powell 2000, 2004). Wir erwarten daher, dass

- (5) Je schlechter die wirtschaftliche Lage eines Kantons ist, umso wirtschaftsliberalere, sozioökonomische „rechttere“ Positionen nehmen die Parteien ein.

3 Operationalisierung und Methode

Zentral für die Evaluierung der hier aufgestellten Vermutungen ist eine Messung der politikfeldspezifischen Positionen der Schweizer Parteien auf Bundes- und kantonaler Ebene. Dazu wird auf das von Laver, Benoit und Garry (2003) entwickelte Wordscores-Verfahren zurückgegriffen. Das Verfahren geht von der Beobachtung aus, dass die Wortwahl politischer Akteure in ihren programmatischen Dokumenten oder Reden nicht nach dem Zufallsprinzip erfolgt. Vielmehr senden

beispielsweise Parteien in ihren Wahlprogrammen „ideologische Signale“ (Pappi und Shikano 2004) um ihre Anhängerschaft vor der Wahl zu mobilisieren. Daher gehen Laver, Benoit und Garry (2003) von der Annahme aus, dass man allein aufgrund der relativen Häufigkeit mit der Worte in einem Dokument verwendet werden auf dessen programmatische Position eines Politikfeldes schließen kann. Das Grundprinzip von Wordscores ist daher, die relativen Worthäufigkeiten von Texten, deren Position bzw. Salienz man kennt (so genannte „Referenztexte“), mit denen unbekannter Texte zu vergleichen. Da die Position bzw. Salienz des Referenztexts bekannt ist, kann auf die Position bzw. Salienz des neuen Textes geschlossen werden. Als Referenzwerte können beispielsweise Ergebnisse von Expertenbefragungen dienen (vgl. Benoit und Laver 2006). Ebenfalls große Bedeutung kommt der Auswahl der Referenztexte zu. Diese sollten erstens über eine ähnliche Wortstruktur wie die unbekannt Texten verfügen, zweitens sich inhaltlich auf die Politikfelder beziehen, die Gegenstand der Analyse sind, und drittens möglichst umfangreich sein, um den Anteil informationstragender Wörter zu erhöhen (vgl. Laver et al. 2003: 314f.). Diese Kriterien werden in der Regel von den Wahlprogrammen der Parteien erfüllt.

Um die Positionen der Schweizer Parteien auf der kantonalen Ebene zu bestimmen, verwenden wir als Referenztexte die Wahlprogramme von CVP, FDP, EVP, SP, SVP und den Grünen zur Nationalratswahl 2003. Die Referenzpositionen zu den beiden hier berücksichtigten Politikdimensionen – der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Gesellschaftspolitik – werden den Ergebnissen der Expertenbefragung von Benoit und Laver (2006) entnommen und den entsprechenden Wahlprogrammen zugewiesen. Die Dimensionen reichen theoretisch von 1 bis 20, wobei kleinere Werte linkere Positionen ausweisen.⁶ Zur Schätzung der Positionen der Kantonalparteien auf den beiden Dimensionen wurden Programme, die von den Wahlen im Vorfeld zu Wahlen zu den Kantonsparlamenten verabschiedet wurden, verwendet. Nicht Teil der Analyse sind die Kantonalparteien, die keine Texte in französischer oder deutscher Sprache veröffentlicht haben. Um eine ausreichende Ähnlichkeit der Wahlprogramme zu gewährleisten, beschränken wir uns zudem auf Texte von Sektionen der sechs Parteien, deren Wahlprogramme auch als Referenztexte dienen und auf Wahlen, die seit dem Jahr 2000 abgehalten wurden. Darüber hinaus formulieren nicht alle Kantonalparteien regelmäßig Wahlprogramme, was ebenfalls zu einer geringeren Zahl von Fällen beiträgt. Der Rückgriff auf Wahlprogramme zur Bestimmung der Positionen ist allerdings nicht zuletzt deshalb legitim, weil diese für Schweizer Kantonalparteien durchaus Gewicht haben. Dies zeigt eine Umfrage aus dem Jahr 1997 (Ladner und Brändle 2001: 266): nur 15 % aller Parteien gaben an, dass ein Parteiprogramm keine grosse Bedeutung für ihre Partei aufweist.

⁶ Anzumerken ist hier, dass ein Vergleich der später geschätzten Positionen mit den Positionen der Referenztexte aufgrund des hier verwendeten Verfahrens zur Standardisierung der Positionen nicht unproblematisch ist.

Auch wenn die Kantonalparteien ihren Wahlprogrammen eine beachtliche Bedeutung bemessen, stellt sich die Frage, inwieweit diese geeignet sind, die Positionierung der Parteien zu bestimmen.⁷ Vor dem Hintergrund der Endogenitätsproblematik erscheint uns jedoch bei der Frage nach der sozioökonomischen Determiniertheit der Positionen von Parteien der Rückgriff auf vor den Wahlen formulierte Dokumente grundsätzlich sinnvoller als die Verwendung von Positionen, die aus Abstimmungsverhalten oder Befragungen abgeleitet werden (vgl. etwa Volkens 2007). Für die Inhaltsanalyse spricht dabei, dass die Dokumente eher Idealpositionen abbilden sollten als von Sachzwängen geprägtes Abstimmungsverhalten und weniger von strategischen Erwägungen oder dem Selbstverständnis der Partei determiniert sind als Antworten bei Befragungen (vgl. Carrubba et al. 2006; Hug 2009; Debus und Hansen 2010: 26-27).

Umso interessanter und wichtiger ist es, die Positionen der Parteien, die sich aus unterschiedlichen Erhebungsmethoden ergeben, miteinander zu vergleichen und so zu untersuchen, inwieweit Programme, Selbsteinschätzungen der Parteianhänger und Parteielite, Wählerpräferenzen und parlamentarisches Handeln die gleichen Konfliktstrukturen abbilden. Wir überprüfen die Plausibilität der mit Hilfe automatisierter Inhaltsanalyse gewonnenen Positionen Schweizer Kantonalparteien auf einer allgemeinen Links-Rechts-Skala durch einen Vergleich mit Positionen, die auf vier unterschiedliche Erhebungen zurückgehen:⁸ Dies sind

- (1) Positionen, die im Rahmen des Projekts „Politik und Parteien im Wandel“ der Universität Zürich⁹ erhoben wurden, wobei wir die Einschätzung der Positionen der Ortspartei für jeden Kanton gewichtet mitteln.¹⁰ Diese Werte entsprechen also der Position der Mitglieder der Partei im jeweiligen Kanton;
- (2) Positionen, wie sie sich aus einer Befragung der Kantonalparteipräsidenten ergeben (vgl. Ladner und Brändle 2001);

⁷ Allerdings muss auch auf die Grenzen der hier gewählten Methode zur Bestimmung der programmatischen Positionen kantonaler Parteien hingewiesen werden. So erstellen laut einer Umfrage von Ladner und Brändle (2001) nicht alle Parteien Wahlprogramme und es kann davon ausgegangen werden, dass dies insbesondere Parteien in kleinen Kantonen betrifft, die schlicht nicht über genügend Ressourcen verfügen, um zu jeder Wahl mit einem neuen Programm aufzutreten. Es kann also sein, dass unsere Auswahl an Programmen einen gewissen Bias hat und damit grössere, ressourcenstarke Parteien überrepräsentiert sind. Ein weiteres Problem besteht darin, dass kleinere Parteien ihre Programme zum Teil recht kurz halten, was wiederum die Verlässlichkeit unserer Methode einschränken könnte.

⁸ Bei der Bestimmung der Positionen werden die gleichen Texte verwendet, wie bei den Positionen auf den beiden Politikdimensionen. Referenzwerte sind ebenfalls die Ergebnisse der von Benoit und Laver (2006) durchgeführten Expertenbefragung.

⁹ Siehe www.socio.ch/par für mehr Informationen zu dieser Befragung.

¹⁰ Gewichtet wird mittels der ebenfalls abgefragten Zahl der Mitglieder der Ortspartei.

- (3) Positionen der Wähler der Parteien entsprechend der Schweizer Wahlstudie (Selects 1995-2007¹¹). Dabei greifen wir nicht auf die Einschätzung der Positionen der Parteien zurück, sondern mitteln für die einzelnen Kantonalparteien die Positionen der Wähler der jeweiligen Parteien;
- (4) Positionen der Kandidierenden für die National- und Ständeratswahl 2007, wie sie zur Wahl 2007 zum ersten Mal erhoben wurden

Für alle Positionen gilt, dass wir jeweils den Wert herangezogen haben, der zeitlich am nächsten zu dem von uns analysierten Zeitraum erhoben wurde.¹² Abbildung 1 zeigt, dass die Positionen der Kantonalparteien auf einer Links-Rechts-Skala, wie sie sich aus der Inhaltsanalyse der Wahlprogramme ergeben, ein Bild vom Schweizer Parteienwettbewerb ergeben, das in etwa den Resultaten verschiedener Befragungen entspricht. Je weiter rechts sich Mitglieder, Präsidenten, Wähler und Kandidaten der Kantonalparteien verorten, umso rechter ist auch das Wahlprogramm der entsprechenden Partei. Dabei entspricht es durchaus unseren Erwartungen, dass die von uns generierten Parteipositionen zu einem geringeren Ausmaß mit der Wählerbefragung korrelieren, da hier ja auch aus theoretischem Blickwinkel keine vollständige Kongruenz erwartet werden kann (z.B. Powell 2000, 2004).

*** Abbildung 1 ***

Um die formulierten Hypothesen zum Zusammenhang zwischen regionalem Kontext und Programmatik der Kantonalparteien überprüfen zu können, generieren wir mehrere Variablen, die die Unterschiede zwischen den Kantonen hinsichtlich Wirtschafts-, Siedlungs- und Sozialstruktur abbilden. Dabei greifen wir auf Veröffentlichungen des Schweizer Bundesamts für Statistik (BFS), des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) und des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) zurück.¹³ Die konfessionelle Prägung der Kantone erfassen wir über den Katholikenanteil des jeweiligen Kantons wie er sich aus der im Jahr 2000 abgehaltenen Volkszählung ergibt. Diese Vorgehensweise entspricht der von Ladner (2004: 323), der die Konfliktlinien Zentrum-Peripherie und Staat-Kirche über den Anteil der Katholiken operationalisiert. Die Relevanz der Arbeitnehmerinteressen in den Kantonen wird über den Anteil der Mitglieder des SGB an den Erwerbstätigen im jeweiligen Kanton gemessen. Wir greifen auf diesen eher groben Indikator zurück,

¹¹ Siehe www.selects.ch für mehr Informationen zu diesen Wahlstudien.

¹² Dies ist insbesondere bei den Positionen der Wähler relevant, die wir aus den Select-Wahlstudien von 1995, 1999, 2003 und 2007 gewonnen haben.

¹³ Fehlende Werte wurden durch Werte aus vorherigen Jahren (in wenigen Fällen auch aus späteren) ersetzt. Dieses Vorgehen erscheint angesichts der relativen Stabilität der entsprechenden Maßzahlen vertretbar.

da der Anteil der Erwerbstätigen im zweiten Sektor spätestens seit der Entwicklung der SP zur „Mittelstandspartei“ (Ladner 2004: 330) nicht mehr angemessen erscheint. Um mögliche Unterschiede zwischen der Deutschschweiz und der Romandie ermitteln zu können, generieren wir eine Dummyvariable, die den Wert 1 annimmt, wenn es sich um eine Partei aus einem französischsprachigen Kanton handelt. Die Urbanität der Kantone (Hypothese 4) erfassen wir über die Bevölkerungsdichte. Die Werte zeigen jeweils die mittlere Einwohnerzahl pro Quadratkilometer in Tausend an wie sie das BFS jährlich veröffentlicht. Die Wirkung der wirtschaftlichen Lage auf die Programmatik der Kantonalparteien untersuchen wir mit Hilfe der Arbeitslosenquote, wobei die vom EVD veröffentlichten Jahresdurchschnitte verwendet werden.

4 Analyse

Zur Beantwortung unserer Fragestellung und der Evaluierung unserer Hypothesen nehmen wir im ersten Schritt eine deskriptive Analyse der mit Hilfe des „Wordscores“-Verfahrens ermittelten Positionen der Kantonalparteien auf den beiden zentralen Politikdimensionen – Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits und Gesellschaftspolitik andererseits – vor. In einem zweiten Schritt evaluieren wir unsere Erwartungen hinsichtlich der Determinanten der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien mit Hilfe multivariater Regressionsanalysen.

4.1 Deskription der programmatischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien

Abbildung 2 weist die programmatischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien auf den beiden zentralen Politikdimensionen Wirtschaft und Soziales sowie Gesellschaft aus. Die Anordnung der Parteien entspricht dabei in etwa den Ausführungen, die sich in Arbeiten zum Schweizer Parteiensystem finden: Die Grünen und die Sozialdemokraten sind – sowohl in Politikfeld Wirtschaft und Soziales als auch in gesellschaftspolitischen Fragen – inhaltlich staatsinterventionistisch bzw. progressiv ausgerichtet. Wirtschaftsliberale bzw. traditionelle Positionen in gesellschaftspolitischen Fragen nimmt auf beiden Dimensionen dagegen die SVP ein. Bei CVP, EVP und FDP sind die Übergänge fließend, wobei erwartungsgemäß die Freisinnigen gesellschaftspolitisch progressiv ausgerichtet ist, zugleich aber wirtschaftspolitisch liberalere Positionen im Vergleich zu CVP und der Evangelischen Volkspartei einnimmt. Damit spiegelt sich der von Laver und Hunt (1992: 56) als „Benelux-Konstellation“ bezeichnete Typus des Parteienwettbewerbs – charakterisiert durch die Existenz eines spezifisch liberalen „Pols“ in einem zweidimensionalen Politikraum – auch auf regionaler Ebene wieder, was bereits auch bei der Analyse des Parteienwettbewerbs in den deutschen Bundesländern sichtbar wurde (vgl. Debus 2008: 535). Interessant ist, dass sich gewisse als Allgemeinplätze bekannte Muster über die relative Positionierung der Parteien in dieser Abbildung

sichtbar werden: So nimmt die Ökoliberale Bewegung Schaffhausen (ÖBS), obwohl sie Mitglied der Grünen Partei Schweiz ist, auf beiden Dimensionen wenig linke Positionen ein und positioniert sich in der Mitte des Spektrums (am weitesten rechts aller Grünen Sektionen). Diese Mitteposition hat im Gegenzug wahrscheinlich dazu beigetragen, dass sie mit Thomas Feurer den Stadtpräsidenten von Schaffhausen stellt. Weiter finden wir zum Beispiel die SVP Graubünden auch 2010 mit einem eher progressiven Programm, was zum allgemeinen Bild dieser Kantonalsektion passt.¹⁴

*** Abbildung 2 ***

In Abbildung 2 zeigt sich auch, dass die Policy-Positionen der Kantonalparteien deutlich innerhalb der jeweiligen Partei variieren und damit über einen großen programmatischen Spielraum verfügen. Auch wenn sich die regionalen Gliederungen einzelner Parteien tendenziell ähnlicher sind als Gliederungen unterschiedlicher Parteien, so weisen die Schweizer Parteien – wenn man die Positionen der Kantonalparteien als Indikator heranzieht – dennoch eine große programmatische Heterogenität auf. Diese Beobachtung wird in den Abbildungen 3 und 4 noch weiter verdeutlicht. So entspricht insgesamt betrachtet die Anordnung der Parteien auf den beiden hier untersuchten Politikdimensionen dem gängigen Bild zum Schweizer Parteienwettbewerb, wie es beispielsweise auch von Ladner et al (2008: 54) beschrieben wird. Die Sozialdemokraten und Grünen sind grossmehrheitlich links der Mitte angesiedelt. In der rechten Mitte folgt dann der bürgerliche Block mit der CVP, EVP und FDP, während sich die SVP deutlich nach rechts im Vergleich zu Christdemokraten, Freisinnigen und Evangelischer Volkspartei absetzt. Bezieht man jedoch die Streuung der Positionen ein, die sich ergibt, wenn man die Positionen aller Kantonssektionen berücksichtigt und nicht nur den arithmetischen Mittelwert über die Kantonalparteien hinweg als Indikator heranzieht, dann nimmt die SVP in machen Kantonen keine konservativen, sondern mitunter moderat-progressive Positionen auf der gesellschaftspolitischen Dimension ein. Auch manche Kantonsverbände der Sozialdemokraten sind wirtschaftspolitisch weit weniger staatsinterventionistisch ausgerichtet als es zu erwarten gewesen wäre. Auch die gesellschaftspolitische Position der CVP variiert von Kanton zu Kanton sehr stark zwischen progressiven und traditionellen Positionen. Zusammenfassend sieht es so aus, dass es den Kantonalparteien durchaus möglich ist, ihre Programmatik regionalen Erfordernissen anzupassen, und sie diese Möglichkeit in durchaus extensiver Form auch nutzen.

¹⁴ Die SVP Graubünden machte im Winter 2007 Schlagzeilen als sie kollektiv aus der SVP Schweiz ausgeschlossen wurde. Dieser Ausschluss war von der Parteizentrale angestrengt worden, nachdem Frau Evelyne Widmer-Schlumpf in die Landesregierung gewählt worden war und sich im Anschluss geweigert hatte, aus der SVP auszutreten. Die SVP Graubünden war bei politischen Kommentatoren schon vorher bekannt dafür gewesen, öfters vom rechtskonservative-nationalistischen Kurs abzuweichen.

*** Abbildungen 3 und 4 ***

Nicht festzustellen ist allerdings, ob sich die Parteien hinsichtlich der innerparteilichen Heterogenität insgesamt betrachtet signifikant voneinander unterscheiden. Allerdings sind die Erwartungen, die sich hierzu aus Arbeiten zu den Schweizer Parteien ergeben, nicht eindeutig. So wird beispielsweise davon ausgegangen, dass die SVP ihren Aufstieg unter anderem dem klaren inhaltlichen Programm verdankt, das ohne Ausnahme von ihren Exponenten überall gleich vertreten wird (siehe auch Kriesi et al. 2005). Andererseits stellen Ladner und Brändle (2001; vgl. auch Hug und Schulz 2007: 318f.) fest, dass unter den „großen“ Parteien die SVP diejenige ist, die die größte „ideologische Heterogenität“ aufweist. Überraschend ist allerdings, dass die SP nicht homogener als die anderen Parteien ist, gilt sie doch nicht zuletzt aufgrund ihrer Konzentration auf Mitgliederbeiträge zur Parteienfinanzierung als am stärksten zentralisierte Partei (Klöti 1998: 54; vgl. Thorlakson 2009: 167). Diese Einschätzung der Schweizer Sozialdemokraten findet sich auch in den Ergebnissen der Befragung von Parteipräsidenten wieder (Ladner und Brändle 2001: 290f.). An dieser Stelle muss aber darauf hingewiesen werden, dass es insbesondere die kleineren und von der Parteilinie abweichenden Kantonalparteien sind, die in unserer Auswahl unterrepräsentiert sind, da entweder deren Wahlprogramme weniger einfach zugänglich sind oder sie kein eigenes Programm formulieren, so dass die Positionen dieser Parteien hier nicht gemessen und in die Analyse eingebaut werden konnten.

4.2 Bestimmungsfaktoren der programmatischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien

Im theoretischen Teil dieses Aufsatzes haben wir argumentiert, dass zum Ziel der Stimmenmaximierung die Parteien bei Wahlkämpfen auf sub-nationaler Ebene ihre programmatische Ausrichtung variieren sollten, um den „Median-Wähler“ oder bestimmte soziale Gruppen besser ansprechen zu können. Die deskriptive Analyse der Wahlprogramme der Schweizer Kantonalparteien hat verdeutlicht, dass es in allen hier untersuchten Schweizer Parteien Sektionen gibt, die deutlich von der „normalen“ Parteilinie abweichende Positionen einnehmen. Folgen diese kantonsspezifischen Positionen den hier aufgestellten Hypothesen? Die in Tabelle 1 wiedergegebenen Ergebnisse einer OLS-Regression¹⁵ mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien als abhängiger Variable weisen nur eine bedingte Evidenz für die hier formulierten Erwartungen aus. So hat – unter Kontrolle aller weiteren unabhängigen Variablen sowie „Dummies“ für die einzelnen Parteien – der Anteil an Katholiken in einem Kanton keinen Einfluss auf die

¹⁵ Die Modelle wurden mit geclusterten Standardfehlern nach Kantonen gerechnet. Zusätzliche Robustheitschecks mit Mehrebenenregression führten zu sehr ähnlichen Resultate, weshalb hier die sparsamere Modellierung gewählt wurde und im Folgenden präsentiert wird.

inhaltliche Ausrichtung einer Kantonalpartei in Fragen der Wirtschaftspolitik; gleiches gilt für den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder.¹⁶ Diese beiden „klassischen“ Variablen, den Cleavage-Ansatz widerspiegelnden Variablen haben dieser Analyse zufolge keinen Effekt auf die programmatische Positionierung der Kantonalparteien im Politikfeld Wirtschaft und Soziales. Hingegen sind die Kantonalparteien aus der französischsprachigen Schweiz signifikant „linker“ ausgerichtet als die Kantonalparteien aus der Deutschschweiz, so dass – im Gegensatz zu den Hypothesen 1 und 2 – die dritte theoretisch hergeleitete Erwartung bestätigt werden kann. Für das Argument von Klöti (1998: 55), dass die Wählerschaft der SP in der Westschweiz wirtschaftspolitisch linker und gesellschaftspolitisch traditioneller ausgerichtet ist als die Sozialdemokraten in den anderen Kantonen findet sich jedoch keine statistische Evidenz: der in Modell 3 eingebaute Interaktionseffekt weist keinen signifikant von Null verschiedenen Koeffizienten auf. Für die vierte und fünfte Erwartung findet sich auf Grundlage der Regressionsanalyse wiederum empirische Evidenz: je höher die Bevölkerungsdichte und damit der Urbanitätsgrad eines Kantons ist, desto eher nehmen die Kantonalparteien „linke“ Positionen in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Somit sind zumindest zwei Indikatoren, der sich auf das Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan (1967) zurückführen lassen, von Relevanz für die inhaltliche Ausrichtung der Kantonalparteien in diesem Politikfeld. Die sozioökonomische Position einer Kantonalpartei hängt jedoch auch von der Höhe der Arbeitslosigkeit im jeweiligen Kanton und damit weniger von einem langfristigen, sondern vielmehr einem aktuellen Kontextfaktor ab.¹⁷

Tabelle 1

Zeigen sich ähnliche Ergebnisse, wenn die gesellschaftspolitischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien die abhängige Variable darstellen? Auch hier weist der Anteil an Katholiken keinen statistisch signifikanten Effekt auf, so dass Hypothese 1 nicht bestätigt werden kann: die Schweizer Kantonalparteien sind nicht konservativer, wenn der Anteil an Katholiken ansteigt. Ebenfalls keine Unterstützung finden wir für die dritte Erwartung, die von einer durchweg progressiveren Ausrichtung der Kantonalparteien aus der Romandie im Vergleich zur restlichen Schweiz ausging. Unsere Ergebnisse sind hingegen in Übereinstimmung mit den Vermutungen Klötis (1998) über die Position der Sozialdemokraten in der Westschweiz: diese sind in der Tat gesellschaftspolitisch signifikant konservativer ausgerichtet als die übrigen Kantonalparteien der SP; allerdings wird dieser Effekt nur signifikant, wenn man mit Bezug auf die Vorgehensweise von Ladner et al. (2008: 68) die Beobachtungen aus dem Kanton Genf ausschliesst. Ebenfalls in Übereinstimmung mit unseren

¹⁶ Wird der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in die Regressionsanalyse mit einbezogen, dann sinkt die Zahl der berücksichtigten Beobachtungen, da der SGB für Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sowie für Nidwalden und Obwalden keine gesonderten Werte ausweist.

¹⁷ Wobei hier erwähnt werden muss, dass die Arbeitslosigkeit in der Westschweiz tendenziell höher ist, was sich auch in der relativ hohen Korrelation der beiden Variablen niederschlägt.

Erwartungen ist der Effekt der Bevölkerungsdichte auf die gesellschaftspolitische Ausrichtung der Kantonalparteien: je urbaner ein Kanton geprägt ist, desto progressiver sind die Parteien in Fragen der Gesellschaftspolitik.

Tabelle 2

5 Schlussbetrachtung

Dieser Aufsatz befasste sich mit der programmatischen Ausrichtung von Schweizer Kantonalparteien, ihrer Heterogenität und der Bedeutung des regionalen Kontexts für ihre Positionierung. Dabei wurde angenommen, dass sub-nationale politische Akteure – hier die Kantonalparteien – in den einzelnen Regionen auf sprachlich, konfessionell und sozioökonomisch unterschiedlich zusammengesetzte Wählerschaften treffen und ihnen differenzierte inhaltliche Angebote machen, um so die Chance zu erhöhen, ihren Stimmenanteil auf kantonaler Ebene zu maximieren. Die regionale Streuung der Positionen der Kantonalparteien sollte deshalb systematisch nach Kontextvariablen variieren. So haben wir die Erwartung geäußert, dass sich die Kantonalparteien in der Romandie wirtschaftspolitisch eher links und gesellschaftspolitisch eher konservativer positionieren und dass die Parteien in urbanen Kantonen tendenziell linkere Positionen einnehmen.

Die Schweiz bietet sich für die Untersuchung von sub-nationaler Heterogenität in den programmatischen Präferenzen politischer Akteure aus drei Gründen an. Die Parteien sind zum einen sehr stark kantonale verankert und der Parteienwettbewerb ist regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Zweitens wird diese kantonale Heterogenität nicht durch eine übergeordnete, nationale Ebene eingeebnet, da die Kantone eine vergleichsweise hohe Autonomie besitzen und die nationalen Parteiorganisationen eher schwach sind, so dass der Druck von nationaler Ebene, ein programmatisch einheitliches Erscheinungsbild abzugeben, sehr gering ist. Dies erlaubt es den Kantonalparteien deshalb drittens sehr spezifisch auf die regional unterschiedlichen Elektorate einzugehen, die sich nicht nur nach Sprache, sondern auch nach Konfession und anderen sozialstrukturellen Merkmalen voneinander unterscheiden.

Die Ergebnisse haben in der Tat gezeigt, dass eine ausgeprägte Heterogenität der programmatischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien besteht. Diese auf Grundlage einer Analyse der Wahlprogramme der Kantonalparteien identifizierte Varianz lässt sich zudem weitgehend mit Daten aus anderen Quellen verifizieren und sich darüber hinaus mit Kontextmerkmalen erklären. In der Zusammenschau betrachtet finden wir durchaus Evidenz für die theoretisch hergeleiteten Erwartungen: Während der Stadt-Land-Cleavage in den Ergebnissen sehr klar zu Tage tritt, finden wir weniger Hinweise darauf, dass sich die programmatischen Positionen der Kantonalparteien auf die konfessionelle und die sozioökonomische Konfliktlinie zurückführen lassen. Jedoch deuten einige

Resultate darauf hin, dass sich die Parteien in der Westschweiz systematisch anders positionieren als im deutschsprachigen Teil der Schweiz. Auch wenn diese Erwartungen und ihre empirische Bestätigung nicht zum ersten Mal geäußert werden, so werden sie in diesem Beitrag hingegen zum ersten Mal einer systematischen Analyse unterzogen. Zudem konnte gezeigt werden, dass die Parteien scheinbar systematisch auf die wirtschaftliche Lage im jeweiligen Kanton reagieren: Je höher die Arbeitslosenquote in einem Kanton ist, umso wirtschaftsliberalere Positionen nehmen sie in sozioökonomischen Fragen ein.

Die computergestützte Inhaltsanalyse von Parteiprogrammen eröffnet gerade im Fall der Schweiz mit ihrer doch limitierten Auswahl an Parteipositionsdaten neue Möglichkeiten zur Datenerhebung und Datenauswertung (siehe dazu auch Hug und Schulz 2007). Sie ermöglicht dabei insbesondere die Einbeziehung von kleineren, nur in wenigen Kantonen agierenden Parteien, die ansonsten in quantitativ-vergleichenden Analysen mangels vorhandener Daten nicht berücksichtigt werden können. Da Wahlprogramme eine relativ exogene Quelle für die Extraktion von programmatischen Positionen darstellen, stellt das hier angewandte Verfahren auch ein geeignetes Mittel zur Erforschung sub-nationaler Repräsentation dar, was Anreize für weitere Forschungsarbeiten, die sich auf das Agieren politischer Akteure in Mehrebenensystemen – nicht nur im Hinblick auf die programmatische Positionierung, sondern auch hinsichtlich der Muster von parlamentarischer Kooperation bei legislativen Vorhaben und bei Fragen der Regierungsbildung – konzentrieren.

6 Literatur

- Adams, J., Clark, M., Ezrow, L. und G. Glasgow (2004). Understanding Change and Stability in Party Ideologies: Do Parties Respond to Public Opinion or to Past Election Results? *British Journal of Political Science* 34(4): 589–610.
- Adams, J., Clark, M., Ezrow, L. und G. Glasgow (2006). Are Niche Parties Fundamentally Different from Mainstream Parties? The Causes and the Electoral Consequences of Western European Parties' Policy Shifts, 1976–1998. *American Journal of Political Science* 50(3): 513–29.
- Adams, J., Haupt A. und H. Stoll (2009). What Moves Parties? The Role of Public Opinion and Global Economic Conditions in Western Europe. *Comparative Political Studies* 42(5): 611–39.
- Armingeon, K. (1998). Interregionale und interkantonale Unterschiede der Wahlentscheidung. Das Wahlverhalten in Schweizer Kantonen im westeuropäischen Vergleich. *Politische Vierteljahresschrift* 39(2): 282-300.
- Beck, U. (1983). Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungstendenzen und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In Kreckel, R. (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz (35–74).
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benoit, K. and M. Laver (2006). *Party policy in modern democracies*. London: Routledge.
- Berelson, B., Lazarsfeld, P. und W. McPhee (1954). *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.

- Bräuninger, T. (2009). Responsivität Und Strategische Adaption Im Parteienwettbewerb in den Deutschen Bundesländern. In Henning, C., Linhart, E. und S. Shikano (Hrsg.) *Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Urban Pappi*. Baden-Baden: Nomos (27–46).
- Bräuninger, T. und M. Debus (2008). Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. *Politische Vierteljahresschrift* 49(2): 309–38.
- Bräuninger, T. und M. Debus (im Erscheinen). *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Budge, I. (1994). A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally. *British Journal of Political Science* 24(4): 443–67.
- Budge, I., Ezrow, L. und M. McDonald (2010). Ideology, Party Factionalism and Policy Change: An integrated dynamic theory. *British Journal of Political Science* 40(4): 781–804.
- Caramani, D. (2004). *The nationalization of politics: The formation of national electorates and party systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carrubba, C., Gabel, M., Murrain, L., Clough, R., Montgomery, E. und R. Schambach (2006). Off the record: Unrecorded legislative votes, selection bias and roll-call vote analysis. *British Journal of Political Science* 36(4): 691–704.
- Debus, M. (2008). Party Competition and Government Formation in Multi-Level Settings: Evidence from Germany. *Government & Opposition* 43(4): 505–538.
- Debus, M. (2010). Soziale Konfliktlinien und Wahlverhalten: Eine Analyse der Determinanten der Wahlabsicht bei Bundestagswahlen von 1969 bis 2009. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62(4): 731–749.
- Debus, M. (im Erscheinen). Lang- und kurzfristige Komponenten des Wahlverhaltens und ihr Einfluss bei Bundestagswahlen im Zeitverlauf. *Sonderheft „Wählen in Deutschland“ der Politischen Vierteljahresschrift*.
- Debus, M. und M. Hansen (2010). Die Dimensionalität der Reichstage der Weimarer Republik von 1920 bis 1932. *Politische Vierteljahresschrift* 51(1): 15–42.
- Deschouwer, K. (2003). Political parties in multi-layered systems. *European Urban and Regional Studies* 10(3): 213–26.
- Deschouwer, K. (2006). Political parties as multi-level organizations. In Katz, R. und W. Crotty (Hrsg.), *Handbook of Party Politics*. London: Sage.
- Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Ezrow, L., Vries, C. de, Steenbergen, M. und E. Edwards (im Erscheinen). Mean Voter Representation and Partisan Constituency Representation: Do Parties Respond to the Mean Voter Position or to Their Supporters? *Party Politics*.
- Faas, T. und H. Rattinger (2003). Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit. Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002. In Wüst, A. (Hrsg.), *Politbarometer*. Opladen: Leske und Budrich, 205–238.
- Fiorina, M. (1978). Economic Retrospective Voting in American National Elections. A Micro-Analysis. *American Journal of Political Science* 22(2): 426–443.
- Gallagher, M., Laver, M. and P. Mair (2006). *Representative Government in modern Europe. Institutions, Parties, and Governments*. New York: McGraw-Hill.
- Grofman, B. (2004). Downs and Two-Party Convergence. *Annual Review of Political Science* 7:25–46.
- Gruner, E. (1977). *Die Parteien in der Schweiz*. Bern: Helvetia Politica.

- Hermann, M. und H. Leuthold (2003). *Atlas der politischen Landschaften: ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: vdf Hochschulverlag an der ETH.
- Hinich, M. und M. Munger (1997). *Analytical Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hug, S. und T. Schulz (2007). Left-Right Positions of Political Parties in Switzerland. *Party Politics* 13(3): 305–30.
- Hug, S. (2009). Selection Effects in Roll Call Votes. *British Journal of Political Science* 40(1): 225–235.
- Klöti, U. (1998). Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien. In Kriesi, H., Linder, W. und U. Klöti (Hrsg.), *Schweizer Wahlen 1995*. Bern: Haupt (45-72).
- Kohler, U. (2002). *Der demokratische Klassenkampf. Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. Frankfurt: Campus.
- Kriesi, H., Lachat, R., Selb, P., Bornschier, S. und M. Helbling (2005). *Der Aufstieg der SVP: acht Kantone im Vergleich*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Ladner, A. (2001). Swiss Political Parties: Between Persistence and Change. *West European Politics* 24(2): 123-144.
- Ladner, A. (2003). *Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonale Parlamente 1971–2003*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Ladner, A. (2004). *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ladner, A. und M. Brändle (1999). Does Direct Democracy Matter for Political Parties? *Party Politics* 5(3): 283–302.
- Ladner, A. und M. Brändle (2001). *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?* Zürich: Seismo.
- Ladner, A., Schwarz, D. and J. Fivaz (2008). Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007. Eine explorative Analyse der Antworten auf die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote. *Cahier de l'IDHEAP* 243.
- Laver, M. und W. Hunt (1992). *Policy ad Party Competition*. London: Routledge.
- Laver, M., Benoit, K. and J. Garry (2003). Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data. *American Political Science Review* 97(2): 311–331.
- Laver, M. (2005). Policy and the Dynamics of Political Competition. *American Political Science Review* 99(2): 263–281.
- Lazarsfeld, P., Berelson, B. und H. Gaudet (1944). *The People's choice*. New York: Duell – Sloan and Pearce.
- Libbrecht, L., Maddens, B., Swenden, W. und E. Fabre (2009). Issue Salience in Regional Party Manifestos in Spain. *European Journal of Political Research* 48(1): 58–79.
- Linder, W. (1999). *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Linder, W. und A. Vatter (2001). Institutions and outcomes of Swiss federalism: The role of the cantons in Swiss politics. *West European Politics* 24(2): 95–122.
- Lipset, S. und S. Rokkan (1967). Cleavage structures, party systems and voter alignments: An introduction. In Lipset, S. und S. Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press (1–64).
- Lowe, W. (2008). Understanding Wordscores. *Political Analysis* 16(4): 356–71.

- Magin, R., Freitag, M. und A. Vatter (2009). Cleavage Structures and Voter Alignments within Nations: Explaining Electoral Outcome in Germany's Counties, 1998 to 2005. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 3(2): 231–256.
- Marks, G., Hooghe, L. and A. Schakel (2008). Patterns of Regional Authority. *Regional and Federal Studies* 18(2–3): 167–181.
- Müller, J. (2009). The Impact of the Socio–Economic Context on the Länder Parties' Policy Positions. *German Politics* 18(3): 365–84.
- Müller, W. (1997). Sozialstruktur und Wahlverhalten: Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49(4): 747–760.
- Müller, W. (1998). Klassenstruktur und Parteiensystem. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50(1): 3–46.
- Pappi, F. (2002). Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In Brettschneider, F., van Deth, J. und E. Roller (Hrsg.), *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske + Budrich (?–?).
- Pappi, F. und S. Shikano (2002). Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54(?): 444–475.
- Pappi, F. und S. Shikano (2004). Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002. *MZES Working Papers* No. 76.
- Pappi, F. und J. Brandenburg (2010). Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62(3): 459–83.
- Powell, G. (2000). *Elections as instruments of democracy. Majoritarian and proportional visions.* New Haven: Yale University Press.
- Powell, G. (2004). Political Representation in Comparative Politics. *Annual Review of Political Science* 7:273–96.
- Seitz, W. (1999.) *Nationalratswahlen 1999: Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971.* Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Schnell, R. und Kohler, U. (1995). Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47(4), 634–658.
- Snyder, R. (2001). Scaling Down: The Subnational Comparative Method. *Studies in Comparative International Development* 36(1): 93–110.
- Somer–Topcu, Z. (2009). Timely Decisions: The Effects of Past National Elections on Party Policy Change. *The Journal of Politics* 71(1): 238–248.
- Strøm, K. und W. Müller (1999). Political Parties and Hard Choices. In Strøm, K. und W. Müller (Hrsg.), *Policy, Office or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Choices.* Cambridge: Cambridge University Press (1–35).
- Thorlakson, L. (2009). Patterns of Party Integration, Influence and Autonomy in Seven Federations. *Party Politics* 15(2): 157–77.
- van Biezen, I. und J. Hopkin (2006). Party Organisation in Multi–Level Contexts. In Hough, D. und C. Jeffery (Hrsg.), *Devolution and Electoral Politics.* Manchester: Manchester University Press (14–36).
- van Houten, P. (2009). Multi–Level Relations in Political Parties: A Delegation Approach. *Party Politics* 15(2): 137–56.
- Vatter, A. (2003). Legislative Party Fragmentation in Swiss Cantons. *Party Politics* 9(4): 445–461.

- Vatter, A. (1998). Politische Fragmentierung in den Schweizer Kantonen. Folge sozialer Heterogenität oder institutioneller Hürden? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50(4): 666–84.
- Volkens, A. (2007). Strengths and Weaknesses of Approaches to Measuring Policy Positions of Parties. *Electoral Studies* 26(1): 108–120.

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen den „Wordscores“-Schätzungen und auf anderen Methoden beruhenden Einstufungen der Links-Rechts-Positionen der Schweizer Kantonalparteien

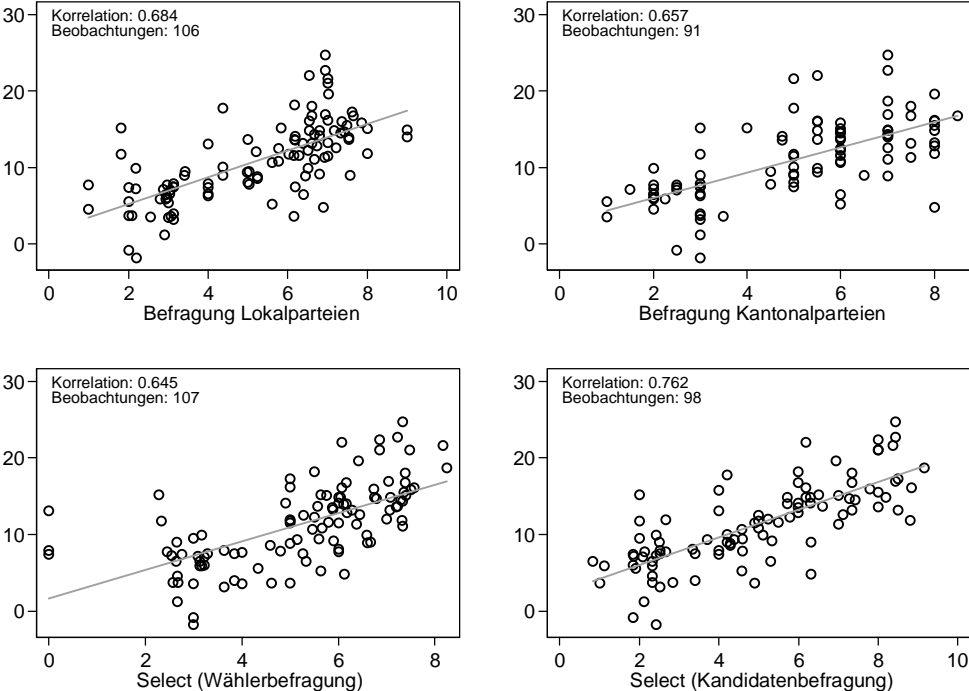


Abbildung 2: Positionen der Schweizer Kantonalparteien in einem zweidimensionalen Politikraum

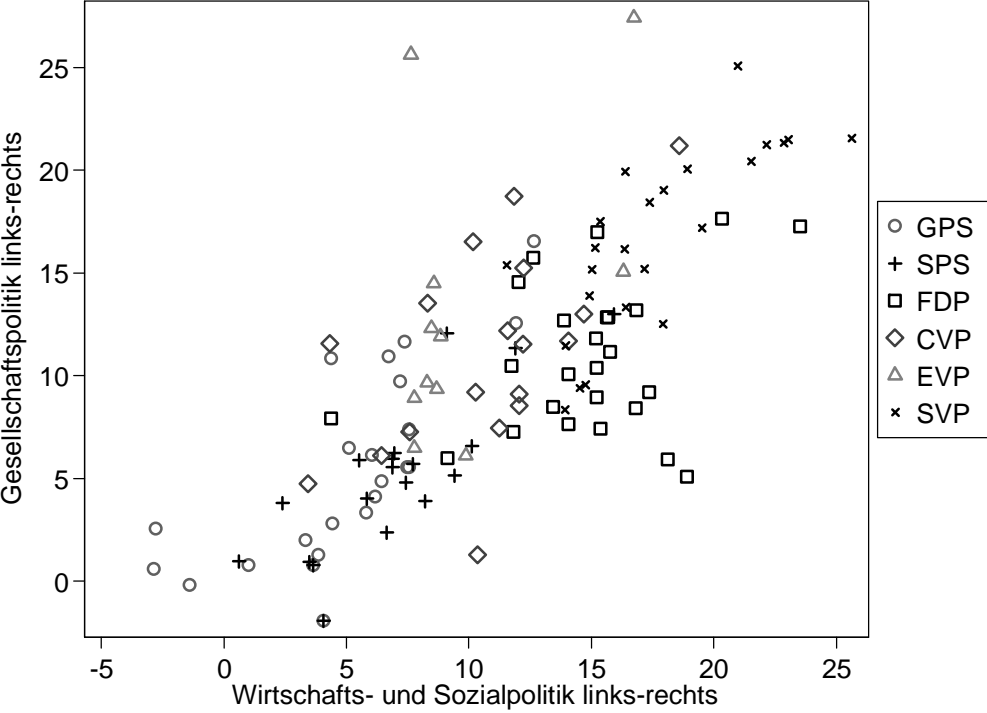


Abbildung 3: Streuung der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien

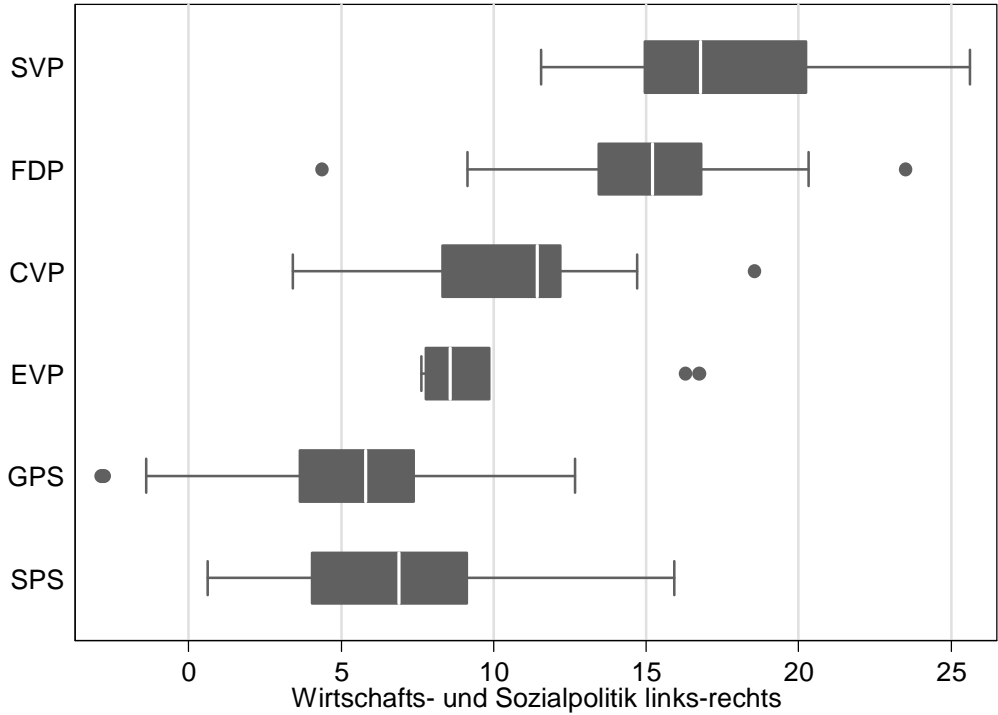


Abbildung 4: Streuung der gesellschaftspolitischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien

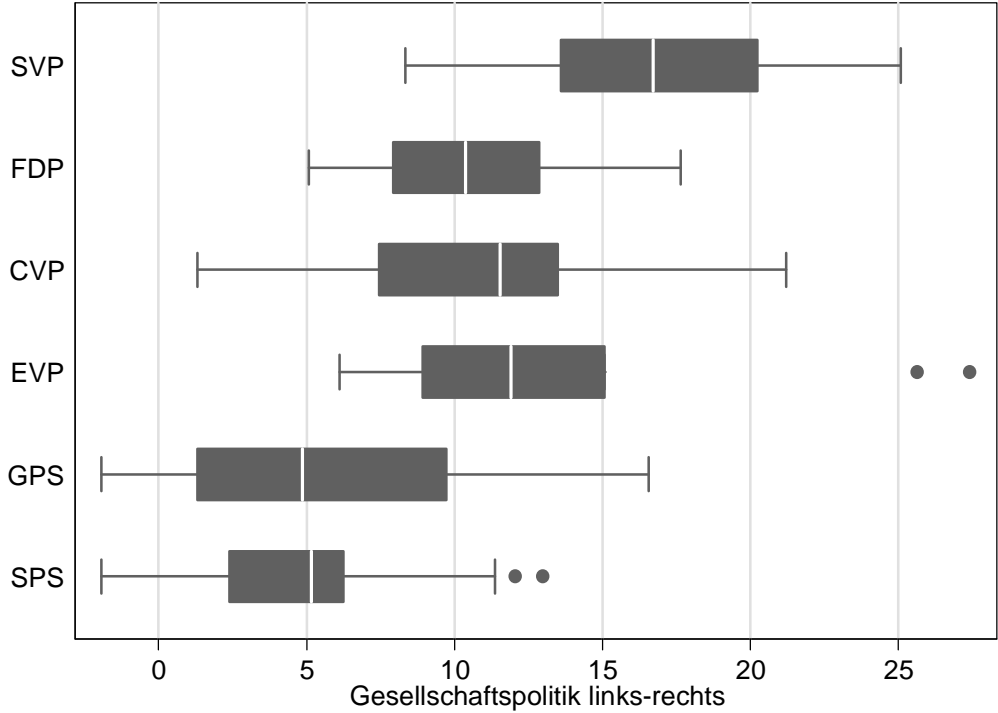


Tabelle 1: Determinanten der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Anteil der Katholiken	-0,00 (0,06)	-0,02 (1,64)	-0,02 (2,02)
Hauptsprache französisch (Dummy)	-1,65* (2,39)	-1,46* (2,40)	-1,64* (2,49)
Hauptsprache französisch (Dummy) * SP (Dummy)			3,03 (0,96)
Anteil der Gewerkschaftsmitglieder		5,27 (0,99)	1,52 (0,21)
Bevölkerungsdichte	-0,52*** (3,85)	-0,53*** (3,84)	-0,53*** (3,89)
Arbeitslosenquote	1,03*** (4,92)	1,05*** (4,57)	1,00*** (4,90)
EVP (Dummy)	-0,58 (0,53)	-0,18 (0,17)	-0,38 (0,30)
FDP (Dummy)	4,46** (3,31)	4,79** (3,53)	4,69** (3,33)
GPS (Dummy)	-5,82*** (4,13)	-5,38** (3,65)	-5,36** (3,70)
SP (Dummy)	-3,76*** (3,83)	-3,30** (3,71)	-4,10** (3,15)
SVP (Dummy)	7,34*** (6,32)	7,48*** (5,27)	7,35*** (4,90)
Konstante	8,32*** (7,75)	8,04*** (7,91)	8,83*** (6,25)
Beobachtungen	120	105	105
Adj. R^2	0,631	0,613	0,617

Anmerkungen: Die abhängige Variable ist die wirtschafts- und sozialpolitische Position einer Partei (Referenzgruppe: CVP-Kantonalparteien). In Klammern sind absolute t-Werte aufgeführt; * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$. Die Standardfehler sind nach Kantonen geclustert. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder wird für die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden seitens des SGB nicht gesondert ausgewiesen, so dass die Parteien aus diesen beiden Kantonen in den Modellen 2 und 3 unberücksichtigt bleiben müssen.

Tabelle 2: Determinanten der gesellschaftspolitischen Positionen der Schweizer Kantonalparteien

	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Anteil der Katholiken	-0,02 (1,09)	-0,02 (1,21)	-0,03 (1,23)
Hauptsprache französisch (Dummy)	1,06 (1,12)	0,16 (0,15)	-0,23 (0,16)
Hauptsprache französisch (Dummy) * SP (Dummy)		4,84 (1,66)	6,73* (2,42)
Bevölkerungsdichte	-0,73** (3,34)	-0,72** (3,41)	-0,69** (3,41)
EVP (Dummy)	2,45 (0,78)	2,32 (0,74)	1,92 (0,56)
FDP (Dummy)	-0,00 (0,00)	-0,13 (0,08)	-0,37 (0,22)
GPS (Dummy)	-5,57** (3,11)	-5,60** (3,13)	-5,57** (2,90)
SP (Dummy)	-5,87*** (4,44)	-7,17*** (4,63)	-7,38*** (4,58)
SVP (Dummy)	5,79*** (4,03)	5,64** (3,71)	5,27** (3,32)
Konstante	12,17*** (7,52)	12,51*** (7,26)	12,74*** (7,11)
Beobachtungen	120	120	113
Adj. R^2	0,448	0,459	0,441

Anmerkungen: Die abhängige Variable ist die gesellschaftspolitische Position einer Partei (Referenzgruppe: CVP-Kantonalparteien). In Klammern sind absolute t-Werte aufgeführt; * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$; *** = $p < 0,001$. Die Standardfehler sind nach Kantonen geclustert. In Modell 6 wird der Kanton Genf ausgeschlossen.